

Potsdam, 28. Juli 2008

Zur Entwicklung der „Politisch motivierten Kriminalität - rechts“ erklärt der Sprecher für eine Tolerantes Brandenburg und gegen Rechtsextremismus Dr. Andreas Bernig:

### ***Rechtsextremistische Straftaten weiter***

## **Presseinformation**

### ***auf hohem Niveau!***

Im Ergebnis meiner monatlichen Anfragen an die Landesregierung zeigt sich für das 1. Halbjahr 2008, dass die rechts motivierten Straftaten insgesamt weiter angestiegen sind. Im Vergleich der vorläufigen Zahlen zu 2007 stiegen sie insgesamt um 123 von 540 auf 663 Straftaten. Einen Rückgang gibt es vorerst bei den Gewaltstraftaten von 34 auf 23, wobei das Innenministerium gegenüber der Presse 29 Gewaltstraftaten bestätigt hat. Die sonstigen Straftaten stiegen erheblich von 506 auf 640 an.

Entscheidend sind aber nicht die Zahlen, sondern das offenbar weiter bestehende hohe Niveau der rechtsextremistisch motivierten Straftaten. Die Vorfälle in Templin und Cottbus sind Warnung genug in welche Richtung sich dieses Land entwickeln kann, wenn bei der Kommunalwahl rechtsextreme Parteien wie NPD und DVU in die Ortsparlamente einziehen.

Ziel muss es deshalb sein, den hohen Verfolgungsdruck aufrecht zu erhalten und eine angemessene Strafe möglichst schnell auf dem Fuße folgen zu lassen.

Entscheidend bleibt die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Es muss klar werden, dass diese Parteien nicht die Probleme der Menschen lösen, sondern selbst ein viel schwerwiegenderes Problem sind, weil sie die Demokratie abschaffen wollen!

DIE LINKE begrüßt daher das Engagement der demokratischen Parteien in den Landkreisen Havelland und Teltow-Fläming, die gemeinsam dazu aufrufen zahlreich zur Wahl zu gehen und keine rechtsextremistischen Parteien zu wählen.

DIE LINKE Fraktion  
im Landtag Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam  
Pressesprecherin:  
Alexa Lamberz  
Telefon: 03 31 / 9 66 15  
Telefax: 03 31 / 9 66 15  
E-Mail: pressestelle@  
dielinke-fraktion.brande

DIE LINKE unterstützt die Aufforderung von Landtagspräsident Gunter Fritsch, dass die demokratischen Parteien im Landtag diesem Beispiel folgen sollten. Hier sind alle demokratischen Parteien in der Pflicht.